

KOMMENTAR

## Und wieder Normalität?

Die vierten Personalratswahlen in nur fünf Jahren sind vorbei. Es wäre fatal, einfach zur Normalität überzugehen und so weiterzuarbeiten wie bisher.

Die Wahlbeteiligung lag knapp ein Prozent niedriger als bei den letzten Personalratswahlen. Das ist immer noch relativ gut. Und dennoch hat es sich gezeigt, dass es enorm schwierig ist, unsere Kolleginnen und Kollegen für eine Teilnahme an den Personalratswahlen zu motivieren. Da gibt es die allgemeine Politikverdrossenheit und auch Wahlmüdigkeit, egal wie man sie definiert. Es ist auch den Kollegen kaum zu vermitteln, dass man innerhalb von fünf Jahren viermal an die Wahlurne muss. Die Ursachen sind zum einen gesetzliche Vorgaben und zum anderen die ständigen Umstrukturierungen. Nur genau die letztgenannte Ursache liegt unseren Kolleginnen und Kollegen schwer im Magen. Viele wollen einfach nur noch in Ruhe ihren Job machen.

Es geht jetzt nicht darum, das berühmte Haar in der Suppe zu finden. Und wir können aus Sicht der GdP selbstbewusst mit dem Wahlergebnis umgehen. Nur zufrieden sollten wir damit nicht sein. Wir haben für unsere GdP-Kandidaten ca. 75 Prozent aller Plätze in den verschiedenen Personalräten erreicht. D. h. aber auch im Umkehrschluss, 25 Prozent der Plätze sind nicht mit Kolleginnen und Kollegen der GdP besetzt. Und genau da müssen wir ansetzen. Warum ist es uns nicht gelungen, eine höhere Wahlbeteiligung zu erreichen? Warum ist es uns nicht gelungen, mit der eigenen Arbeit so zu überzeugen, dass noch mehr Kolleginnen und Kollegen die Listen der GdP gewählt hätten? Warum ist die Wahlbeteiligung im Vergleich der Direktionen so unterschiedlich? Womit haben die Konkurrenzorganisationen ihre Wähler überzeugt? Und wieso haben wir diese nicht erreicht? Und warum haben Mitglieder der GdP entweder gar nicht gewählt oder anderen Kandidaten ihre Stimme gegeben?

Es gibt also für uns vieles kritisch zu hinterfragen. Es muss uns noch stärker gelingen, eigene Akzente zu setzen und konsequent Mitgliederinteressen zu vertreten. Vor allen Dingen muss es uns noch viel besser gelingen, vor Ort kompetenter Ansprechpartner für unsere Kolleginnen und Kollegen zu sein. Gerade dieses Vor-Ort-sein, Zuzuhören, Probleme aufzunehmen und für diese eine Lösung zu finden – also einfach das Machbare auch machen – ist für unsere Kolleginnen und Kollegen enorm wichtig.

### Freie Listen

Auch dieses Thema wurde zum wiederholten Male heftig unter den Kolleginnen und Kollegen und auch in der GdP diskutiert. Die einen sagen, dass Freie Listen Ausdruck von Meinungsvielfalt sind, die Demokratie stärken und ein wichtiges Gegengewicht zu den sogenannten etablierten Gewerkschaften sind. Andere sehen die Freien Listen als Sammelpunkte derer, die viel versprechen und dabei nichts oder wenig tun, die sich den demokratischen Prozessen in den Gewerkschaften nicht stellen oder Ergebnisse von Wahlen nicht akzeptieren wollen. Ich hatte mich zu dem Thema Freie Listen geäußert und dafür sowohl Zustimmung aber auch viel Kritik erhalten. Und genau das ist eben gelebte Demokratie. Ich bleibe dabei, dass jeder in der GdP – und ich betone JEDER – die Möglichkeit hat, Verantwortung zu übernehmen und sich demokratisch wählen zu lassen. Natürlich sollte man dann auch dieses Wahlergebnis akzeptieren und respektieren. Da nach D'Hondt ausgezählt wird, schadet letztlich jede Freie Liste der GdP. Sie schwächen uns, im Rahmen der für Personalräte erkämpften gesetzlichen Möglichkeiten, effektive Mitarbeitervertretung vorzunehmen. Und es nützt nichts, wenn man im Wahlauf Ruf das Blaue vom Himmel verspricht, aber nicht in einem einzigen Satz

Stellung dazu nimmt, was man zum Beispiel die letzten vier Jahre gemacht hat. Versprechen ist das eine, Handeln ist etwas anderes. Und wer sich in Verantwortung begibt, hat nicht nur die Verantwortung für Erfolge, sondern auch die Verantwortung für Misserfolge.

### Blick nach vorn

Es wird also jetzt unsere Aufgabe sein, in den Personalräten nahtlos Mitarbeiterinteressen zu vertreten und dabei auch noch einmal eine kritische Bewertung der erreichten Ergebnisse in den einzelnen Bereichen vorzunehmen. Wichtig ist aber, daraus auch Schlussfolgerungen für die künftige Arbeit zu ziehen. Es muss uns – und ich bin davon überzeugt – es wird uns auch in Zukunft gelingen, durch eigene Arbeit unsere Kolleginnen und Kollegen zu überzeugen und bei der nächsten Wahl, die spätestens in vier Jahren kommt, eine höhere Wahlbeteiligung allgemein und eine höhere Zustimmung für die Wahlvorschläge der GdP zu erreichen. Ich fordere jeden auf, sich in die kritischen Nachbereitungen der Personalratswahlen einzubringen. Und die, die gewählt wurden, müssen beweisen, dass sie das Vertrauen, das sie von den Kolleginnen und Kollegen erhalten haben, in der täglichen Arbeit auch rechtfertigen. Dieses Vertrauen ist ein hohes Gut und Ansporn für uns, im Team die vor uns stehenden Aufgaben zu meistern. Wenn unser Slogan „Für dich im Einsatz“ für jede Kollegin und jeden Kollegen erlebbar sein soll, haben wir auch in der Zukunft genügend zu tun.

**Andreas Schuster**

# Der schwierige Umgang mit der PKS!

Glaube nur der Statistik, die du selbst gefälscht hast. Ist es nur ein Sprichwort oder ist nicht auch zumindest ein Fünkchen Wahrheit dran? Fakt ist, dass in einer Statistik nur das herauskommen kann, was man vorher oben eingibt. Der Rest dazwischen ist einfache Mathematik. Jede Statistik ist durch den beeinflussbar, der sie erstellt bzw. Vorgaben zum Umgang mit den Daten und deren Gewichtung gibt. Umso wichtiger ist es, Grundsätze und Vorgehensweisen bei statistischen Erfassungen korrekt und transparent zu gestalten. Verändert man Teilbereiche, ohne dieses vorher zu diskutieren und das dann auch einheitlich umzusetzen, wird in der Öffentlichkeit sofort das Gesamtsystem infrage gestellt. Und genau das ist jetzt in Brandenburg passiert. Eigentlich war diese Debatte längst überfällig, nur findet sie jetzt leider in der Öffentlichkeit statt. Damit werden unsere Arbeit und insbesondere die Ergebnisse unserer Arbeit nicht nur kritisch hinterfragt, sondern zum Teil auch diskreditiert.

## Was war passiert?

Nach einer „Recherche“ des RBB-Magazins „Klartext“ soll die PKS bereits seit Jahren manipuliert worden sein. Es werden drei Fallkonstellationen dargestellt:

1. Wir stellen einen Straftäter (Fahrraddiebstahl) auf frischer Tat und ordnen ihm vergleichbare weitere 100 Fälle zu. Die Möglichkeit besteht durchaus, wenn konkrete Anhaltspunkte (z. B. Begehungsweisen, Tatwerkzeuge, Zeugenaussagen etc.) diese Annahme beweiskräftig unterstützen. Es wäre fatal, wenn ein Kollege ohne entsprechende Anhaltspunkte/Beweise – einfach um seine Bestände abzuarbeiten – diese 100 Fälle nur einem Tatverdächtigen zuordnet. Vor allen Dingen weiß er eines genau, dass er als Zeuge vor Gericht befragt wird, warum man dem Tatverdächtigen die 100 Fälle zugeordnet hat. Und spätestens da wird es für unseren Kollegen problematisch. Serientäter gibt es. Und wenn auf Grundlage von Beweisen eine Serie nachweisbar ist, kann dem Tatverdächtigen ggf. auch die Serie zugeordnet werden. Ohne jegliche Anhaltspunkte – wie von „Klartext“ dargestellt – widerspricht das der polizeilichen Praxis.

2. Jedes Jahr steigen in Brandenburg in den Monaten Januar und Februar drastisch die Straftaten an. Dies hängt damit zusammen, dass erst zum Anfang des neuen Jahres Bestände aus dem Vorjahr der PKS zugeführt werden. Das gibt es nicht nur in Brandenburg, sondern ist bundesweite Praxis. Aber auch hier ist es der Öffentlichkeit und dem Bürger schwer erklärbar, warum man 1, 2, ..., 3000 oder mehr Straftaten auf „Halde“ hält und diese erst dem Folgejahr zuordnet. Zumindest entsteht dadurch – vornehm ausgedrückt – ein Hauch einer Verschiebung von Häufigkeitszahlen. Vielleicht sollte man auch hier die gängige Praxis aller Bundesländer auf den Prüfstand stellen.

3. In den Medien tauchen jetzt die Fachwörter Tateinheit/Tatmehrheit auf; geschuldet einer Verfügung im Bereich der Direktion West. Und

auch hierzu gibt es bundeseinheitliche Richtlinien, die nach meiner Kenntnis jedoch landesspezifisch angewendet werden. Ein „Brandenburger Weg“ in der Auslegung von Tateinheit/Tatmehrheit ist mehr als fatal. Wie will ein Innenminister in 2015 die PKS 2014 vorstellen, über die gute Arbeit der Polizei berichten und ggf. berichten, dass durch diese die Straftaten um x Prozent gesunken sind. Sofort wird jeder in den Medien und in der Öffentlichkeit die Frage stellen und die Vermutung äußern, dass das Sinken von Straftaten ja nur zustande kommt, weil mehrere Straftaten zu einer zusammengefasst wurden. Hier kann und muss bundeseinheitlich gearbeitet werden. Dazu muss die Auslegung der Bundesrichtlinie zentral diskutiert werden. Das Ergebnis sollte man dann versuchen öffentlich zu erläutern, weil jetzt das Misstrauen sowohl bei den Medien wie auch bei der Bevölkerung groß ist.

## Uns selbst geschadet

Tagelang konnte man lesen, dass die Polizei bei der PKS lügt, betrügt, trickst und manipuliert. Besonders belastend ist die Tatsache, dass durch die Medienberichterstattung die Polizei in Gänze unter einen „Generalverdacht“ gestellt wird. Es ist jetzt unbedingt erforderlich, schnellstmöglich landeseinheitliche Regelungen umzusetzen, keinen Brandenburger Sonderweg zu gehen und so offen wie möglich die Zählweise der PKS zu erläutern. Tun wir das nicht, wird unsere gute polizeiliche Arbeit, die von vielen Kolleginnen und Kollegen tagtäglich engagiert geleistet wird, in Abrede gestellt. Das hat keine Kollegin, das hat kein Kollege verdient. Die Brandenburger Bürgerinnen und Bürger haben das Recht auf eine nachvollziehbare Darstellung des Kriminalitätslagebildes in Brandenburg und unsere Kolleginnen und Kollegen haben das Recht auf eine gerechte Anerkennung und Bewertung ihrer Arbeit.

**Andreas Schuster**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Brandenburg**

**Geschäftsstelle:**  
Rudolf-Breitscheid-Straße 64  
14482 Potsdam  
Telefon (03 31) 7 47 32-0  
Telefax (03 31) 7 47 32-99

**Redaktion:**  
Frank Schneider (V.i.S.d.P.)  
Rudolf-Breitscheid-Straße 64  
14482 Potsdam  
Telefon (03 31) 8 66 20 40  
Telefax (03 31) 8 66 20 46  
E-Mail: PHPRMI@AOL.com

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36  
vom 1. Januar 2014  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-278X



JUNGE GRUPPE



# 7. Beach Volleyball- turnier

## 26.08.2014

Ort: EJB Werbelinsee  
Zeit: 08:00 - 16:00 Uhr  
Mixed- Teams (1M / 1W)

Anmeldung über eure  
Vertrauensleute oder an A. Poitz  
07 - 241 - 3176 oder per Mail

SIGNAL IDUNA



blaucrowd.de<sup>®</sup>  
POLIZEI - Fanshop



# Gesteuerte Talfahrt im Diensthundewesen des Landes Brandenburg

Mit dem Bekanntwerden des Umzugs der FHPol von Basdorf nach Oranienburg wurde nach Ausweichmöglichkeiten für die weitere Diensthundausbildung gesucht und in alle Richtungen geprüft. Maßgabe des MI – wir wollen keinen Qualitätsverlust.

Trotz hinreichender Darlegung über Qualitätsverluste wurde seitens des MI der Beschluss gefasst, die Ausbildung nach Sachsen-Anhalt zu verlagern. Von einer Schutzhundprüfung mit Praxisbezug zur Sporthundprüfung sowie eine Verringerung der Ausbildungsstoffe im Sprengstoff- und Rauschgiftbereich.

Im luftleeren Raum 2008 bis zur Umsetzung nutzte ich die Möglichkeit zur Orientierung der Weiterentwicklung im Rauschgiftspürhundbereich. Bremen unterstützte uns hier, eine Diensthundeführerin mit Diensthund (DH) wurde dort ausgebildet. Anstelle von einer Aktivanzeige die Passivanzeige. Aufgrund der hier wesentlich erhöhten Versteckmöglichkeiten im Training (da der DH ja nichts mehr zerkratzt oder ins Versteck hineinbeißt), sehe nicht nur ich eine Qualitätssteigerung. In vielen Bundesländern hat man deshalb generell umgestellt, aktiv ist tabu. Es folgte 2009 die eigenständige Ausbildung eines weiteren Spürhundes, 2012 die Umstellung eines aktiven auf passiv. Derzeit hat das Land zwei Diensthunde, die passiv anzeigen. Unter dem Aspekt, es ist ja nicht gefordert, erfolgt im Land Brandenburg keine Veränderung. Die Grundausbildung in Sachsen-Anhalt erfolgt nach wie vor aktiv. Am 3. 11. 2011 besuchte unser damaliger Innenminister Woidke die PD West. Hier legte ich dar, dass die vorhandene Prüfungsordnung für Diensthunde im Schutzhundbereich nicht mit dem Polizeigesetz konform ist (siehe google – ulf tietz Seite 4). Polizeiinspekteur Jacobs bat um eine entsprechende Zuarbeit, welche im November desselben Jahres getätigt wurde. Es erfolgte bis heute keine Reaktion.

Im Juni 2013 kündigt der Ministeriumssprecher Decker auf Nach-

frage des Landesvorsitzenden der GdP, Andreas Schuster, und des Landtagsabgeordneten J. Maresch an, dass eine Anpassung der Kostenpauschale für Haltung und Pflege der Diensthunde, welche seit 20 Jahren unverändert ist, geprüft wird. Er räumt ein, dass die Summe tatsächlich nicht mehr zeitgemäß ist. Es erfolgte bis heute keine Reaktion.

Nun, ab Februar 2014 liegt seitens des Präsidiums ein neues Konzept für das Diensthundewesen vor (Intranet – Polizeipräsidium – Einsatz – Artikel – Diensthundewesen – vom 13. 2. 2014). Grundaussage: erst Spezialhund, danach kann ggf. eine zusätzliche Schutzhundausbildung erfolgen. Im Fährtenhundbereich muss es eine Gebrauchshunderasse sein, im Rauschgift- und Sprengstoffbereich ist ein rasseoffener Ankauf von Hunden möglich.

Rasseoffen bedeutet, dass eine Schutzhundausbildung aufgrund des Wesens, (wenn es sich um keine Gebrauchshunderasse handelt), grundsätzlich nicht möglich ist.

Das heißt im Klartext, trotz erwiesener erhöhter Gewaltbereitschaft, trotz der starken reformbedingten Reduzierung der DH (z. B. PI Brandenburg von acht Diensthundeführern [DHF] auf vier DHF), wird seitens des Präsidiums nahegelegt, eine weitere Einsatzeinschränkung der noch vorhandenen DHF zu vollziehen. Dies unter dem Deckmantel einer höheren Qualität im Spürhundbereich. Ich gehe davon aus, dass diese Entscheidung eine reine Verwaltungsentscheidung ist und ohne hinzuziehen von Fachpersonal getroffen wurde.

Der bisherige Ankauf von DH hat aufgezeigt, dass die erwartete Qualität lt. Prüfungsordnung im Spürhundbereich Sprengstoff und Rauschgift geliefert wird. Mir persönlich ist in meiner bisherigen Laufbahn nur ein einziger DH bekannt, der als Rauschgiftthund ausgemustert wurde, weil er beim Spüren teilweise in den Schutzdienst umgeschaltet hat. Der duale Ankauf hat sich bewährt. Es stand auch nie zur Frage, dass kein ent-

sprechendes Hundematerial zu erwerben ist. Nun soll also im zukünftigen angewandten Leben des Fährtenhundeführers, welcher mit seinem Hund an sich eine wesentlich zeitaufwändigere Ausbildung/ Fortbildung als vorgegeben benötigt, der eine beständige Fährtenbereitschaft abzudecken hat, in Zukunft auch noch verstärkt zu Schutzhundeinsätzen herangezogen werden. Ich vermisste seitens des Präsidiums die klare Aussage: Ob Fußball, Demo oder Veranstaltung ... DH werden hier nicht mehr eingesetzt.

13 Bundesländer beschäftigen sich, entsprechend aufgearbeiteter kynologischer Erkenntnisse der biochemischen Prozesse bei der Menschensuche und neuerer Trainingsmethoden, mit der Personensuche. Es ist bekannt, dass der Altersdurchschnitt unserer Bürger und damit natürlich auch die Pflegebedürftigkeit in den nächsten Jahren stark steigen wird. Die Suche, insbesondere nach geistig verwirrten älteren Menschen, wird sich dementsprechend erhöhen.

Eine Suche, die mit unseren derzeitigen Fährtenhunden und den gegebenen Übungsstunden unrealistisch ist. Hier, wo ein Qualitätssprung tatsächlich möglich wäre, verzichtet man im Vorfeld darauf, indem im Konzept klar festgelegt ist, im Fährtenbereich muss es eine Gebrauchshunderasse sein. Es wird der ganz spezielle Sucher von vornherein ausgeschlossen.

Ich vermisste daher auch hier eine klare Positionierung seitens des Präsidiums: Fährtenhunde werden nur zur Nachtzeit und Strafverfolgung eingesetzt. Die Vermisstensuche wird über private Dienstleister abgedeckt.

Fazit: Es spricht nichts gegen den Spezialisten, den reinen Spürhund, dort wo er angebracht ist. Das ist am Flughafen und das wäre zum Teil bei den Fährtenhunden so. Einen Fährtenhund am Tage im bewohnten Umfeld einzusetzen, beinhaltet schon heute immer die Gefahr, dass der Fährtenhund aufgrund nicht vorhersehbarer Situationen auf



## EINSATZ

Schutzdienst umstellt. Die Möglichkeit der Bissverletzung an Unbeteiligten ist durchaus gegeben. Steht im angenommenen Fall das MI hinter dem Diensthundeführer?

Inwiefern in diesem Konzept überhaupt eine Fachberatung integriert wurde, wird noch deutlicher, wenn man die zusammenhanglos eingefügten Anhänge betrachtet.

Anlage 3: Standards für die Ausbildungsdokumentation

Diese „Ausbildungsdokumentation – Gehorsam“ habe ich im Rahmen der Prüfungsumstellung erarbeitet und einigen DHF als Hilfe angeboten, um eigenständig und zielgerichteter zu trainieren. Natürlich unter der Maßgabe, dass ein eigenständiges Controlling in allen Übungsbereichen (Schutzdienst, Spürhundbereich) möglich ist.

Hier hängt man dieses „Beispiel“ (nur Gehorsam) als „Standard“ an.

Man verschwendet keinen Gedanken darüber, warum es einst erarbeitet wurde, noch ist man in der Lage, es zu vervollständigen. Aber, hier kann die Verwaltung sich praxis- und realitätsfremd voll entfal-

ten: *Die Übungen des Gehorsams hat nun der Teamleiter zu dokumentieren, der DHF gegenzuzeichnen und ist in der PD zentral nachzuhalten.*

Anlage 5: Ausstattung

Eine Aufzählung, die die Ferne der Erschaffer noch deutlicher zum Tragen bringt.

Futterschüssel, Wasserschüssel, Anlegekette usw.

Wer hier denkt, dass ein Motivationsspielzeug enthalten ist, eine Hundebox für den täglichen sicheren Weg mit eigenem Pkw zur Dienststelle, denkt falsch.

Schade ist,

– dass ich anscheinend der Einzige bin, dem dies auf der Seele brennt,

– dass die Kollegen der Koordinierungsstelle für das Diensthundwesen in keiner Weise bestehende Problematiken (siehe Intranet-Fachhochschule – Koordinierungsstelle Diensthundwesen Präsidiale Dienststellenbereisung Teil 5) ansprechen,

– auch unsere Personalvertretung wegsieht, LBG BB § 110 (5)

„Für die Polizeivollzugsbeamten auf Lebenszeit des gehobenen Dienstes verringert sich die besondere Altersgrenze bei einer Tätigkeit im Wechselschichtdienst oder im Schichtdienst, im Spezialeinsatzkommando, im Mobilien Einsatzkommando, im Personenschutz oder in den Observationstrupps des Verfassungsschutzes“.

Faktum: Ein DHF, der im gehobenen Dienst einen Hund führt, wird ungleich behandelt, denn DHF tätigen Schwerpunktdienst.

**PHK Tietz,  
Diensthundführer der PD West/  
PI Brandenburg**



## SENIOREN

# Besuch im neuen Landtag

Die Seniorengruppe PP-Haus besuchte am 30. 1. 2014 den neuen Landtag im historisch nachgebauten Stadtschloss am Alten Markt in Potsdam. Im Beisein vom Landtagsabgeordneten Dr. Andreas Bernig wurden wir von



**Der neue Landtag**

Frau Burdack durch den neuen Landtag geführt. Wir konnten uns von der Funktionalität des neuen Hauses überzeugen. Ein Höhepunkt war der neue Plenarsaal des Landtages. Hier konnte jeder einmal auf den roten Stüh-



**Unser Abgeordneter Dr. Andreas Bernig**

**Bilder: H. Friedrich**

len Platz nehmen. Im Anschluss an die interessante Führung traf sich die Seniorengruppe in einem der Seminarräume. Hier wurden die Eindrücke ausgetauscht und weitere Termine für die Gewerkschaftsarbeit abgestimmt. Wir bedanken uns bei Sigrid Graedtker für die Organisation.

**Hans Friedrich**



## Schnelle Hilfe und Unterstützung

Kein freudiges Ereignis – aber letztendlich Glück im Unglück hatten vier Angehörige der 2. Einsatzhundertschaft aus Oranienburg. Die Kollegen wurden bei Durchsuchungsmaßnah-

Mit teilweise einer Nacht im Krankenhaus konnte Entwarnung diagnostiziert werden. Dies nahm der „Grüne Stern“ zum Anlass, einen kleinen Präsentkorb zu überreichen.



Schnelle Hilfe ...

men bzw. auf dem Weg in den Einsatzraum zum Glück nur leicht verletzt.

wie den Vertrauensmann des 3. Zuges, Willi Kainz, und die Vertrauensfrau des

Der „Grüne Stern“ ist ein gemeinnütziger Polizeihilfe e.V. mit Sitz in Potsdam, der ausschließlich und unmittelbar mildtätige und gemeinnützige Zwecke verfolgt.

Aus dieser Motivation heraus wurden die Präsente an die Beamten durch den Hauptvertrauensmann der 2. EHu, Patrick Gähle, so-



... durch den Grünen Stern Bilder: P. Gähle

1. Zuges, Claudia Gloede, als Vertreter des „Grünen Stern“ überreicht. In diesem Zusammenhang bedankten sich die Vertreter des „Grünen Stern“ bei der Kollegin und den Kollegen auch im Namen des Hundertschaftsführers und wünschten ihnen für die weitere Dienstverrichtung alles Gute.

**Patrick, Hauptvertrauensmann der GdP der 2. EHu**

## SENIOREN

# 5. Landesseniorenfahrt

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Zeit vom 15. bis zum 19. September 2014 führen wir unsere 5. Landesseniorenfahrt durch. Unsere Reise geht in diesem Jahr nach Zvikov (CZ). Wir werden in diesem schönen Örtchen in einem Hotel mit Schwimmbad und exzellenter Küche nächtigen. Es stehen uns Zimmer zum Preis von 380 Euro pro Person zur Verfügung.

In diesem Preis enthalten sind:

- Fahrt mit dem Bus, welcher uns die ganze Zeit zur Verfügung steht
- Halbpension während der Zeit des Aufenthaltes
- Fahrt im Dampfzug von Zittau nach Oybin
- Rundfahrt durch den tschechischen Teil des Erzgebirges mit Reiseleitung
- Ausflug nach Prag mit Stadtrundfahrt und Reiseleitung
- Fahrt nach Budweis mit Besuch des Schlosses inkl. Führung, Brauereiführung und Verkostung
- während der Heimreise Stopp in Dresden



Unser Hotel

Für weitere Überraschungen ist gesorgt. Der Bus startet in Potsdam, Eure Pkw können kostenlos geparkt werden. Die konkreten Abfahrtszeiten werden zeitnah mitgeteilt.

Ich hoffe, dass Angebot findet euer Interesse. Wenn ja, ein Anmeldeformular ausfüllen und ab zur GdP-Geschäftsstelle.

**Sigrid Graedtke, Vorsitzende Landesseniorengruppe**



KREISGRUPPE FH POLIZEI

# Nach der Wahl ist vor der Wahl



Ein starkes GdP-Team

Eine ganz kleine Verschnaufpause haben wir uns redlich verdient. Kreisgruppen- und Personalratswahlen liegen hinter uns. GdP-Kandidaten haben 17 von den 20 möglichen Plätzen im örtlichen Personalrat sowie in der Jugend- und Auszubildendenvertretung besetzen können. Vielen Dank für Euer Vertrauen. Unser Team besteht aus vielen neuen Gesichtern, die sich der Verantwortung der Gewerkschafts- und Personalratsarbeit stellen wollen; aber auch aus Kolleginnen und Kollegen, die ihre langjährigen Erfahrungen auf die Waagschale legen können. Ich mache mir nichts vor. Hinter einem Wechsel bei den Personalien stehen immer Menschen mit ihren Wünschen und Hoffnungen. Und allen kann und darf man es nicht

nen. Vieles ist auf einem guten Weg, einiges muss erst noch auf Touren kommen. In jedem Fall hat es aber alle betroffen und wird uns in den nächsten Jahren auch weiterhin täglich fordern.

Die Auswirkungen des von der Landesregierung beschlossenen Stellenabbaus spürt man auch an der FH Polizei

recht machen. Das wird auch zukünftig nicht anders sein. Es geht und ging immer um die Vertretung der Interessen aller Kolleginnen und Kollegen. Vor gut drei Jahren hat an unserer Bildungseinrichtung die Neuorganisation der Weiterbildung und die Umstrukturierung in der Lehre und Forschung sowie in der Verwaltung begon-

Rahmenbedingungen die gewohnten Standards des alltäglichen Dienstes nicht gehalten werden können. Die GdP hat in den letzten Jahren vehement darauf hingewiesen. Die Landesregierung hat dies erkannt und muss nun gegensteuern. Ein sehr sichtbares Zeichen dafür ist die deutliche Erhöhung der Einstellungszahlen. Diese gestiegenen Einstellungszahlen dürfen allerdings nicht zulasten der Qualität von Studium und Ausbildung gehen. Der Fachhochschule der Polizei müssen die für die Ausbildung der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten erforderlichen personellen, räumlich-technischen und finanziellen Ressourcen permanent zur Verfügung stehen. Wir setzen uns dafür ein, dass die zentrale Verantwortung der Fachhochschule der Polizei für die Be-



Begrüßung am 8. März-Blumen für unsere Kolleginnen zum Frauentag  
Bilder: B. Böhlemann/M. Ziolkowski

massiv. Die Warnung sind hier nicht kürzer. Über die gesundheitlichen Folgen des ständig hohen Arbeitsdruckes ärgern sich unsere Beschäftigten nicht weniger als anderswo. Jeder halbwegs normal denkende Mensch weiß, dass mit den jetzigen

lange der Weiterbildung der Brandenburger Polizei ausgebaut wird. Dazu gehört auch, dass die Weiterbildungszentren der Fachhochschule in der Fläche des Landes unter noch besseren Rahmenbedingungen ihre wichtigen Aufgaben erfüllen können.

Und schließlich weist der Kreisgruppenvorstand darauf hin, dass die Nachwuchsgewinnung für die Brandenburger Polizei nicht nur den Polizeivollzugsdienst, sondern auch den Verwaltungsbereich – einschließlich der Tarifbeschäftigten – berücksichtigt.

Fortsetzung auf Seite 8



Gokart-Teamrennen mit jungen Vertrauensleuten



**KREISGRUPPE FH POLIZEI**

Fortsetzung von Seite 7

Eine entscheidende Rolle im Ringen um die besten Köpfe werden in den nächsten Jahren die Rahmenbedingungen für unsere Anwärter sein. Wir fordern mit Nachdruck, dass am Standort Oranienburg ausreichend geeigneter und bezahlbarer Wohnraum für die Anwärterinnen und Anwärter zur Verfügung gestellt wird. Brandenburg bietet im Vergleich zu den anderen Flä-

chenländern im östlichen Teil der Bundesrepublik hier gar nichts. Das werden wir uns in den nächsten Jahren nicht mehr leisten können.

Im Zuge der Tarifverhandlungen für die Bundes- und Kommunalbeschäftigten veröffentlichte der DGB eine Untersuchung. Was wir alle vermutet haben, ist hier schwarz auf weiß dargestellt: in Brandenburg wird schlecht bezahlt. So erhält ein Beamter in der Besoldungsgruppe A 9 jährlich in Bayern ca.

3543 Euro und im Bund ca. 2115 Euro mehr bei der Besoldung. Für die gleiche Arbeit. Das kann auf Dauer nicht gutgehen. Es kann also bei den Ende dieses Jahres beginnenden Tarifverhandlungen für die Länder nicht nur um die Übernahme des Tarifiergebnisses des Bundes gehen. P.S.: Am 22. 5. 2014 starten wir wieder unsere diesjährige Frauentagsfeier. Alle Informationen findet Ihr im Intranet.

**Bodo Böhlemann**

**FRAUENGRUPPE**

**Frauentag mit Bundesfamilienministerin und Ministerpräsident**

Am 4. 3. 2014 lud die SPD-Fraktion des Landes Brandenburg zur traditionellen Frauentagsfeier in den Potsdamer Landtag ein, an der Vertreterinnen der GdP-Frauengruppe teilnahmen.

Rollenteilung von Frauen und Männern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu diskutieren. Im Mittelpunkt der Gespräche standen Fragen, wie steht es mit Aufstiegschancen von Frauen allgemein und

Ministerpräsident Woidke war die damalige Ministerin für Arbeit und Soziales, Regine Hildebrandt, prägend und beispielgebend im Land Brandenburg bezüglich der von ihr gegründeten Brandenburger Frauenwoche, die in diesem Jahr zum 24. Mal begangen wird. Die Brandenburger Frauenwoche lockt mit zahlreichen Veranstaltungen und gleichstellungspolitischen Themen, die die Öffentlichkeit sensibilisieren soll. Im Land Brandenburg nimmt innerhalb der Frauen- und Gleichstellungspolitik der Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder einen Handlungsschwerpunkt ein. Hier ist es gelungen, ein Netzwerk zwischen Ministerien, Frauenhilfeeinrichtungen, Polizei und Kommunen sowie anderen Partnern zu bilden. Dabei werden Hilfsangebote und Maßnahmen für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder fortgeschrieben. Frau Prof. Sieglinde Heppener, Sprecherin für Familie-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik, rundete mit ihren Schlussworten, u. a. zur Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes, die Veranstaltung ab. Das musikalische Rahmenprogramm gestalteten vier Frauen der Band BRASSAPPEAL. Es war eine insgesamt sehr interessante Abendveranstaltung, die in der kurzen Zeit sehr viele Themen der Familien- und Gleichstellungspolitik berührte.

**Stefanie Baselt,**  
**Vorsitzende Frauengruppe**



**Eine interessante Gesprächsrunde**

**Bild: SPD-Landtagsfraktion Brandenburg**

Sylvia Lehmann als stellvertretende Fraktionsvorsitzende begrüßte die über 150 zahlreich erschienenen Frauen aus Frauenverbänden, Gewerkschaften, Parteien und Unternehmen. Als besondere Gäste des Abends ließen es sich die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und unser Ministerpräsident Dietmar Woidke nicht nehmen, zum Thema „Frauen und Männer – Macht – Politik“ sowohl über die heutige Rolle von Frauen in der Politik und Gesellschaft, als auch die

in den Vorständen der Unternehmen, wie lassen sich Beruf und Kinder, Beruf und Pflege vereinbaren und wie steht es mit Quoten und Lohngleichstellung? Die Bundesfamilienministerin Schwesig weiß aus eigener Erfahrung, dass nur durch partnerschaftliche Teilung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht werden kann. Weiterhin sprach sie sich für den Ausbau der Ganztagskita aus und setzt sich für die Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungsfunktionen ein. Für

